# V3 Internationale Solidarität in Zeiten der Krise - Eine Antwort auf globale Ungleichheiten geht nur solidarisch!

**Antragsteller*in:** Konstantin Mallach
**Tagesordnungspunkt:** V Verschiedenes

## Antragstext

**Einleitung**

Solidarität bedeutet, sich für diejenigen einzusetzen, denen Unrecht geschieht. Für uns als linke Jugendorganisation muss das auch bedeuten, die globalen Dynamiken der Ausbeutung und Ausgrenzung zu bekämpfen – mit allen Mitteln, die uns hier zur Verfügung stehen. Was in Deutschland gilt, darf an unseren Grenzen nicht aufhören!

Mit kolonialen Herrschaftssystemen schufen europäischen Nationen systematische Wege, um Wohlstand vom globalen Süden nach Europa umzuverteilen. Hierfür wurden Kriege geführt, Grenzen gezogen und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt. Komplexe politische Strukturen wurden aufgebaut, mit denen Güter unter schlimmsten Bedingungen in Kolonialstaaten produziert wurden und somit zu Dumpingpreisen verkauft wurden, während sie für enorme Ungleichheit auch innerhalb der kolonialen Staaten sorgten.
Die Konflikte und Systeme, die geschaffen wurden, wirken bis heute nach.
Im weltumspannenden Kapitalismus des 21. Jahrhunderts wird noch immer für diejenigen produziert, die viel besitzen. Technologien, Immobilien und Infrastruktur haben Leitunternehmen und reiche Menschen vor allem im globalen Norden gehortet. Länder und Staatenverbünde im globalen Norden stützen dieses System an vielen Stellen durch einen weitgehenden Abbau an Handelshemmnissen und durch hohe Subventionen in bestimmten Branchen (etwa im Agrarbereich). Im entfesselten Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen, werden globale Ungleichheiten somit nur verstärkt.

Die Ungleichheit nimmt deshalb auch aktuell weiter zu, wenige Milliardäre besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Sie profitieren von Monopolen über Märkten, Marken oder die Kontrolle von riesigen Unternehmen. Gleichzeitig konkurrieren Milliarden Menschen um schlecht bezahlte Jobs und verrichten wichtige Arbeit zu viel zu geringen Löhnen.
Das System der Ungleichheit muss bekämpft werden, der Globale Norden muss endlich mehr Verantwortung gegenüber dem Globalen Süden übernehmen. Dazu braucht es eine systematische Antwort auf ein System, das Krisen immer wieder aufs neuer

hervorruft. Es muss darum gehen, dass T-Shirts, Handys und alles, was wir brauchen, unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wird, egal wo es herkommt. Das ist unser aller Menschenrecht, nichts Geringeres müssen wir erkämpfen!

**Lieferketten und Handel global gerecht gestalten!**

Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine wurde die globale Weltordnung und mit ihr die globale Wirtschaftsordnung neu gemischt. Einerseits zeigte sich hier die geopolitische Bedeutung des **Handels**, denn die Abhängigkeit Europas von Russland wurde zu einer scharfen Waffe Putins. Andererseits wird aber auch deutlich, dass die EU in ihren Handelsbeziehungen viel zu oft Ungleichheiten ausnutzt. Viele Länder des globalen Südens fühlen sich zu Recht so ungerecht behandelt, dass sie die außenpolitische Linie der EU nicht teilen. Noch immer gibt es zu wenig **ökologische und arbeitsrechtlicheStandards** für die Produkte, die importiert oder auch exportiert werden. Höhere Standards dürfen aber nicht dazu führen, dass der Handel einfach mit anderen Partner*innen getrieben wird. Es muss darum gehen, durch **finanzielle Hilfen die Mehrkosten** von solchen Standards mitzutragen und die **Industrialisierung anderer Länder proaktiv zu unterstützen**.

**In modernen Lieferketten** sind die Herstellungsschritte für Endprodukte quer über den Globus verteilt. Unternehmen in Ländern des globalen Nordens sind auf die Arbeit und Ressourcen aus dem Süden angewiesen. Doch diese Ressourcen werden in Ländern des globalen Südens häufig gnadenlos ausgebeutet, um im Wettbewerb um Exporte mithalten zu können. Diese Spannung lässt sich erst auflösen, wenn es einen klaren Einsatz zu fairen Arbeitsbedingungen in Lieferketten gibt. Hierzu gehört neben grundlegenden Löhnen und Arbeitsschutz vor allem auch die gewerkschaftliche Organisierung von Arbeiter*innen, die in vielen Ländern noch behindert wird.

Erste **Lieferkettengesetze** zeigen, dass eine Überprüfungen von Unternehmen, dazu führen, dass systematische Verletzungen der grundlegenden Arbeitsrechte transparent werden. Gut gestaltete Gesetze verpflichten daraufhin nicht nur Staaten zum Handeln, sondern auch die zuliefernden Unternehmen. Diese Lieferkettengesetze gilt es für die EU auszuweiten und die Strafverfolgung zu stärken. Sie schaffen nicht von heute auf morgen Gerechtigkeit, sondern wirken Stück für Stück für mehr globale Gerechtigkeit.

In Europa beginnt aktuell ein neues Zeitalter der **Industriepolitik**. Der Staat mischt sich aktiv ein in die „Begrünung“ der Ökonomie. Und auch wenn diese Schritte viel zu zögerlich sind, muss eine solche Einmischung endlich als Chance genutzt werden. Die Ausweitung von unternehmerischer Zusammenarbeit für die Entwicklung von klimaneutralen Produkten und Infrastruktur ist ein weiterer entscheidender Punkt. Faire Löhne und umweltschonende Methoden deutscher Unternehmen bei diesen Projekten sollten durch staatliches Handeln gefordert und gefördert werden, damit Unternehmen aus dem Ausland keinen Vorteil aus

Menschenrechtsverletzungen ziehen.

Wir fordern deshalb:
- den Einsatz Deutschlands für ein **UN-Abkommen, das wirtschaftliche Normen für Unternehmen und Staaten** festlegt und somit gleichwertige Standards für alle schafft. Ein Unterschreiten solcher Standards darf keine wirtschaftlichen Vorteile mehr für Unternehmen bieten.

- die **Standards für Handelsabkommen der EU zu heben** und eine Ausweitung der Kriterien auf Biodiversität und grundlegende Arbeitsstandards (insbesondere die ILO-Kernarbeitsnormen), außerdem eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft der Abkommensländern für konkretere Umwelt- und Arbeitsstandards. Besonders die grüne Industrialisierung sollte in Handelsverträgen gezielt geschützt werden und Gewerkschaftsbildung durch finanzielle Mittel gefördert werden.

- Ein **EU-Lieferkettengesetz**, das einer geschärften Version des deutschen Lieferkettengesetzes entspricht. Dieses sollte auch für kleine Unternehmen und solche im Finanzsektor gelten und auch die Möglichkeiten einer Zivilklage beinhalten. Wenn Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen, müssen sie haftbar sein.

- **Zusammenarbeit mit zukunftsfähigen Unternehmen und Organisationen im Globalen Süden** zu stärken. Technologietransfers und Wissensweitergabe (etwa durch Ausbildungen) in (unternehmerischen) Partnerschaften müssen politisch viel strategischer forciert und durch finanzielle Anreize abgesichert werden.

- eine **Abkehr der enormen Exportorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik** durch einen stärkeren Fokus auf die Binnennachfrage; dies schafft mehr Gerechtigkeit innerhalb Europas und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe

**Internationale Entschuldung jetzt!**
Schulden sind schon länger ein enormes Problem vieler Länder im globalen Süden, im Moment stellen sie jedoch mit steigenden Zinsen nochmal eine viel größere Gefahr dar. Privatanleger und multilaterale Akteure wie die Weltbank sind bedeutende Geldgeber für die Industrialisierung in vielen Ländern des globalen Südens, die allerdings viel zu häufig eine aggressive oder schlecht ausgefeilte Entschuldungspraxis verfolgen. Vor allem die Privatisierung und der Abbau öffentlicher (Gesundheits- und Sozial-) Einrichtungen fallen darunter. Diese Schuldenpolitik zeichnet sich aktuell wieder ab, da sich viele Länder wieder neu verschulden und wieder mehr und vor allem private Gläubiger auf die Bühne treten.

Um die Rückkehr zu einer Schuldenpolitik, die von Austerität geprägt ist, zu verhindern, fordern wir für die deutsche und internationale Politik:

- das von der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) **festgelegte Ziel der Entschuldung von 2,5 Bio US-Dollar** konsequent zu verfolgen.

- **Schuldenschnitte für Länder, die als "Länder mit geringsten Einkommen" (LDC) klassifiziert werden**. Diese sind nach Vorbild erfolgreicher multilateraler Initiativen zu gestalten. Mit dem Abkommen sollen Armutsbekämpfungsprogramme und Entschuldungspfade festgelegt und partnerschaftlich ausgerichtet werden, während auf weitere Konditionalitäten verzichtet wird. Sozial- und Gesundheitsausgaben dürfen kein Grund mehr sein, um Länder nicht zu entschulden.

- **Private Gläubiger stärker in den Blick** zu nehmen, vor allem durch eine Aushandlung von Entschuldungsabkommen. Das Verbot von Geierfonds, welches privaten Gläubigern verbietet kollabierende Staatsanleihen aufzukaufen.

- innerhalb der zuständigen Internationalen Organisaitonen (IMF) die Position der Länder des globalen Südens zu stärken durch eine Reform, die Ländern, die als Entwicklungsländer klassifiziert werden, ein stärkeres Stimmrecht einräumt und die Demokratisierung des IMF vorantreibt.

**Globale Steuergerechtigkeit konsequent durchsetzen!**

Um die finanziellen Probleme von Ländern im globalen Süden zu bekämpfen, müssen auch Steueroasen konsequent bekämpft werden und ein steuerlicher Unterbietungswettbewerb verhindert werden. Studien schätzen, dass 40% des Kapitals von transnationalen Unternehmen sich in Steueroasen befinden. Gleichzeitig enthüllten Journalist*innen jährlich neue Skandale der internationalen Steuerhinterziehungen.
Ebenso ist die Anhäufung von Macht von Superreichen ein Problem, das langfristig Sicherheitsrisiken birgt und jetzt bereits unsere Demokratien vor Probleme stellt. Das zeigt die Corona-Krise ganz deutlich, denn während sich das Vermögen der reichsten 10 Menschen im letzten Jahr verdoppelt hat, mussten 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut leben.

Als Grüne Jugend fordern wir deshalb:

- Den Einsatz der deutschen Regierung über Forderungen innerhalb der G7, der UN und anderen Organisationen für mehr Steuergerechtigkeit. Dazu gehört:

    - auf internationaler Ebene den **konsequenten, niedrigschwelligen und digitalen Austausch von Bankdaten**, um Steuerhinterziehung zu vermeiden.

    - Untergrenze für eine **Kapitalsteuer auf alle Vermögensgüter**, die global mindestens 15% beträgt und proportional zu den Renditen der Vermögensbesitzer steigt.

- eine entschiedenere und koordinierte Unterstützung für Partnerländer im globalen Süden zur Implementierung von progressiven Steuern (vor allem mit Fokus auf die Vermögenssteuer und Grund- und Immobiliensteuern)

## Begründung

Wir haben viele Beschlüsse zur globalen Gerechtigkeit, doch unsere strukturellen Forderungen für eine gerechte globale Wirtschaftsordnung bedürfen eines weiteren Diskussionsimpulses. Dieser Antrag liefert einen solchen Impuls und reagiert damit auch auf aufkommende Debatten zu einer gerechteren globalen Wirtschaftsordnung. Besonders in Krisenzeiten dürfen globale Machtungleichgewichte nicht zementiert werden, sondern Solidarität auch international gedacht werden!